

Wie reagieren die Menschen in Deutschland auf gestiegene Heizkosten?

Nr. 416, 14. Februar 2023

Autoren: Dr. Daniel Römer, Telefon 069 7431-6326, daniel.roemer@kfw.de
Dr. Johannes Salzgeber, Telefon 069 7431-2306, johannes.salzgeber@kfw.de

Hohe Heizkosten sind für viele Verbraucher in diesem Winter zu einer substanziellen Belastung geworden. Eine Ad-hoc-Umfrage in Ergänzung zum KfW-Energiewendebarmeter zeigt, dass aktuell fast 60 % der Menschen in Deutschland einen großen oder sehr großen Kostendruck spüren. Unter den Haushalten mit Gasheizung ist der Anteil besonders hoch – aber auch Haushalte mit anderen Energieträgern sehen sich deutlich gestiegenen Kosten gegenüber.

Ein hoher Kostendruck geht dabei mit signifikant höheren Pro-Kopf-Ausgaben für Energie und höheren Heizkostenanteilen am verfügbaren Einkommen einher. Bei geringen Haushaltseinkommen ist dieser Anteil besonders groß und auch besonders stark angestiegen.

Um mit den hohen Kosten umzugehen, haben die Haushalte die Raumtemperatur im Durchschnitt um knapp 2 Grad Celsius reduziert, nutzen weniger Warmwasser oder sparen an anderer Stelle. Grundlegendere Änderungen der Wohnsituation sind hingegen eher selten – mit Ausnahme der Nutzer von Ölheizungen, die mehrheitlich einen Heizungstausch anstreben.

Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung von Entlastungsmaßnahmen, die insbesondere niedrige Einkommen erreichen sollten. Gleichzeitig wird evident, dass die steigenden Kosten nicht zwangsläufig zu einer energetischen Verbesserung der Gebäude oder zu einem steigenden Sanierungsdruck auf dem Mietmarkt führen. Für nachhaltige Verbesserungen sind daher neben Entlastungen auf der Kostenseite auch Anreize auf der Investitionsseite zu setzen.

Seit Mitte des Jahres 2021 sind die Verbraucherpreise für Energie deutlich gestiegen. Fast die Hälfte der im KfW-Energiewendebarmeter befragten Haushalte spürten bereits zum Ende des Jahres 2021 einen großen oder sehr großen Kostendruck bei Wärme und Strom.¹ Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich die Preisdynamik für fossile Energieträger wie Öl und Gas noch einmal deutlich erhöht und die Versorgungssicherheit in Deutschland vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Heizen und Heizkosten sind spätestens in diesem Winter für viele Haushalte in Deutschland zu einem existenziellen Thema geworden. Dies gilt umso mehr, da viele Haushalte in Deutschland weiterhin primär mit Öl oder Gas heizen und noch häufig in verhältnismäßig schlecht gedämmten Gebäuden wohnen.²

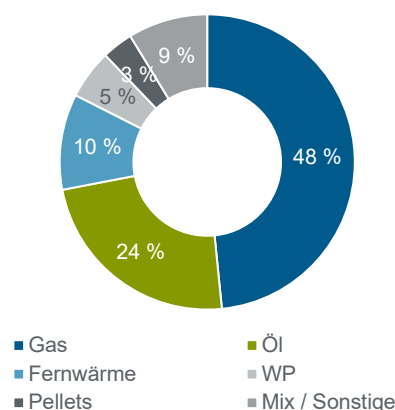
Um ein aktuelles Lagebild für die Kostenbelastung der Bevölkerung in Deutschland zu erhalten, wurde in Ergänzung zum KfW-Energiewendebarmeter im November 2022 eine bevölkerungsrepräsentative Sonderbefragung zu den Heizkosten und -technologien in Deutschland durchgeführt (siehe Infobox am Ende). Die Ergebnisse der rund 1.000 Telefoninterviews werden im Folgenden dargestellt und ermöglichen Einblicke, wie groß die aktuelle Heizkostenbelastung im Wohnbereich ausfällt und wie die Menschen damit umgehen.

Gas- und Ölheizung sind die dominanten Technologien

Aus den Befragungsergebnissen wird zunächst die dominante Rolle von Öl- und insbesondere Gasheizungen für die Wärmeversorgung der deutschen Haushalte deutlich (Grafik 1). Fast Dreiviertel der Befragten heizen mit diesen Energieträgern. Weitere 10 % nutzen Fernwärme, andere Technologien wie Wärmepumpe oder Holzpellettheizung liegen bei 5 % oder darunter. Die Befragungsergebnisse decken sich mit ähnlichen deutschlandweiten Statistiken und spiegeln die Grundgesamtheit somit gut wider.³

Grafik 1: Gas und Öl sind die dominanten Energieträger

Frage: Mit welcher Art von Heizung ist Ihr Haushalt ausgestattet?

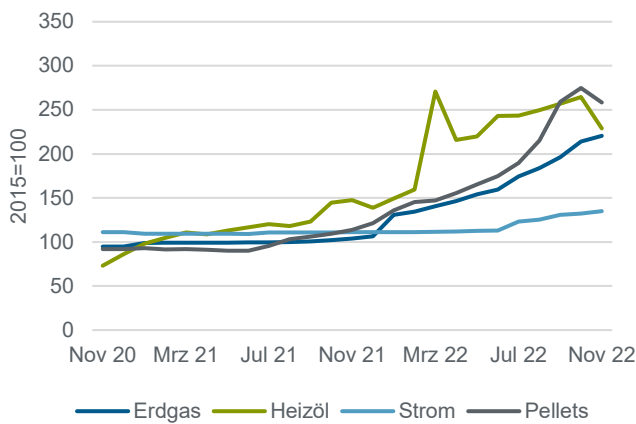


Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmeter.

Deutlicher Kostenanstieg bei Energie im letzten Jahr

Viele Haushalte stehen nun vor der Herausforderung, dass es bei allen relevanten Energieträgern im letzten Jahr deutliche Preisanstiege gab – nachdem die Preise in den Jahren zuvor recht konstant waren (Grafik 2). Der durchschnittliche Preis für Erdgas – für rund die Hälfte der Haushalte die primäre Heizenergiequelle – hat sich für Verbraucher innerhalb von 12 Monaten mehr als verdoppelt. Bei dem für die Wärmepumpen benötigten Strom kam es zu einem Anstieg von knapp 50 %.

Grafik 2: Verbraucherpreisentwicklung für verschiedene Energieträger zur Wärmeerzeugung



Quelle: Destatis (2022).

Auch andere Energieträger verteuerten sich spürbar: die Verbraucherpreise für Heizöl stiegen um 55 %, die für Fernwärme um rund 37 % und die Preise für Holzprodukte zur Energieerzeugung, z. B. für Pelletheizungen, stiegen um rund 100 %.⁴

Bei Erdgas und Strom reagieren die Verbraucherpreise aufgrund der längerfristigen Lieferverträge nur nachgelagert auf Veränderungen am Spot-Markt, sodass hier noch Nachholeffekte zu erwarten wären, trotz zuletzt rückläufiger Preise.⁵ Bei Öl und Pellets orientieren sich die Energiekosten hingegen in der Regel am aktuellen Preis, sodass hier volatilere Preis-pfade vorherrschen und sich die zuletzt rückläufige Preisentwicklung direkt im Verbraucherpreisindex widerspiegelt.

Der Kostendruck variiert je nach Energieträger

Diese Preisanstiege über alle relevanten Energieträger hinweg wirken sich entsprechend auf die Kostenwahrnehmung der Befragten aus. So gaben rund 57 % an, gegenwärtig einen großen oder sehr großen Kostendruck bei den Heizkosten zu spüren. Dabei wird der Kostendruck vor allem dort als hoch wahrgenommen, wo die Preise der Energieträger besonders stark gestiegen sind, also bei Gas, Holzpellets und, mit etwas Abstand, Heizöl und Fernwärme. Hingegen spürt gegenwärtig nur rund ein Viertel der Befragten, die mit Wärmepumpen heizen, einen hohen Kostendruck bei den Heizkosten (Grafik 3).

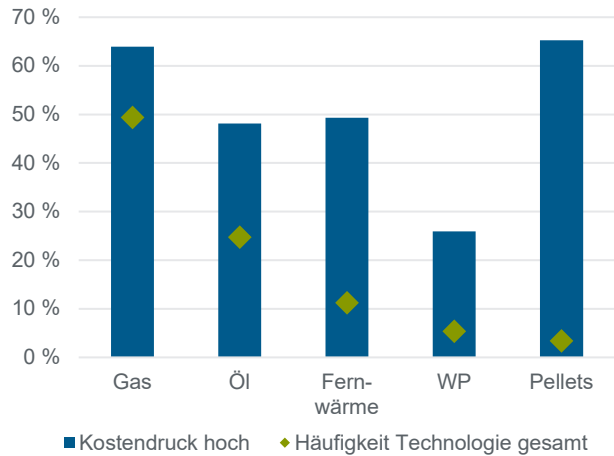
Aus der Befragung wird zudem deutlich, dass der wahrgenommene Kostendruck kein bloßes Gefühl ist, sondern sich klar anhand der finanziellen Belastungen der Befragten nachvollziehen lässt. So liegen die durchschnittlichen jährlichen Heizkosten mit über 1.800 EUR pro Person in der Gruppe mit einem als sehr hoch wahrgenommenen Kostendruck rund 2,6-mal so hoch wie in der Gruppe, die den Kostendruck als sehr gering wahrnimmt (rd. 700 EUR pro Person) (Grafik 4). Im Durchschnitt liegen die Heizkosten pro Person bei rund 1.200 EUR im Jahr bzw. 100 EUR im Monat.

Die Kosten fallen dabei nicht nur absolut höher in den Gruppen mit einem hohen Kostendruck aus, sie zehren auch einen größeren Teil des Einkommens auf. Die Gruppe mit einem als sehr hoch wahrgenommenen Kostendruck muss gegenwärtig fast 13 % ihres Einkommens nur für Heizkosten aufwenden. In der Gruppe mit einer als sehr gering wahrgenommenen Belastung sind es hingegen nur knapp 5 %.

Die Gruppe der Befragten mit einem hohen Kostendruck ist dabei zahlenmäßig deutlich größer als die Gruppe mit sehr niedrigen Belastungen. Rund 14 % aller Befragten empfinden die gegenwärtigen Heizkosten als sehr große, nur etwas über 5 % als eine sehr geringe Belastung.

Grafik 3: Kostendruck nach Heizungsarten

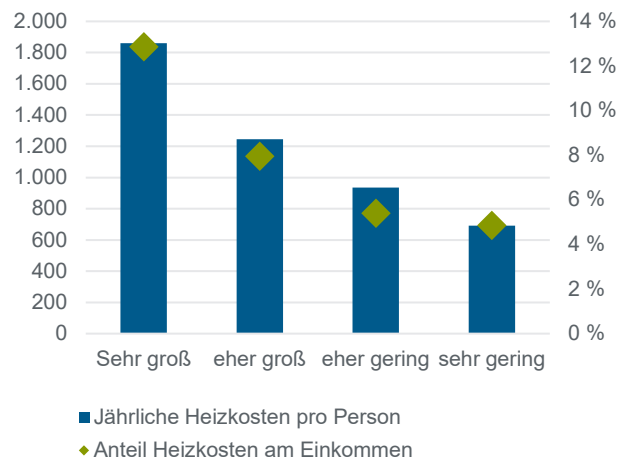
Frage: Wie groß ist in Ihrem Haushalt aktuell der Kostendruck beim Heizen? Anteile der Antworten „Kostendruck hoch“ und „Kostendruck sehr hoch“ nach Heizungsart sowie Anteile der Heizungsart.



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmeter.

Grafik 4: Berichteter Kostendruck und finanzielle Belastung

Frage: Wie hoch sind die Ausgaben Ihres Haushalts für das Heizen? Heizkosten in Euro pro Person und in Prozent des Haushaltseinkommens, nach berichtetem Kostendruck.



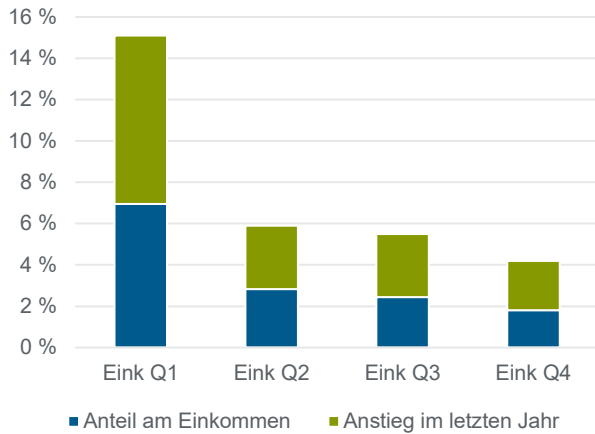
Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmeter.

Besonders hohe Belastungen bei niedrigen Einkommen

Der berichtete Anteil der Heizkosten am Nettoeinkommen ist von 4 % auf fast 8 % angestiegen – mit einem deutlichen Gefälle über das Einkommen. Wenn man die befragten Personen nach dem Nettoäquivalenzeinkommen ihres Haushalts einteilt, sticht insbesondere das unterste Einkommensquartil hervor: Hier ist der Kostenanteil mehr als doppelt so hoch wie in den anderen Quartilen (Grafik 5). Hinzu kommt, dass auch der Kostenanstieg im letzten Jahr bei den Einkommensschwächsten besonders stark ins Gewicht fällt. Eine solche verstärkte Belastung der unteren Einkommensklassen könnte die beste-hende Skepsis gegenüber einer fairen Lösung bei der Ener-giewende weiter verstärken.⁶ Dies gilt es zu verhindern.

Grafik 5: Anteil der Heizkosten am Einkommen

Frage: Wie hoch sind die Ausgaben Ihres Haushalts für das Heizen? Heizkostenanteile am Haushaltsnettoeinkommen.



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmometer.

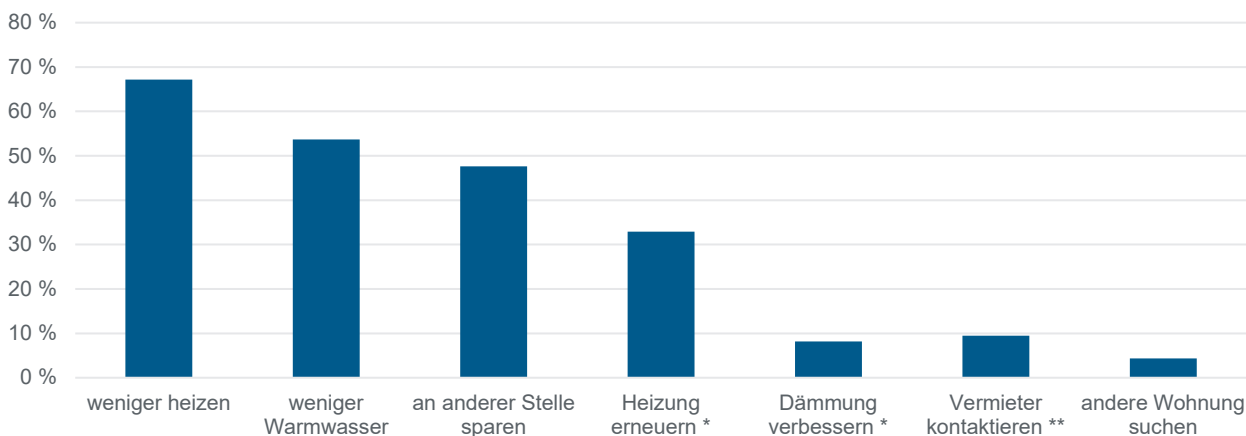
Ein interessanter Nebenbefund ist, dass trotz der gestiegenen medialen Aufmerksamkeit für das Energiethema ein erheblicher Anteil der Befragten keine konkreten Angaben zur Höhe der Heizkosten machen konnte. Insgesamt betrifft das gut ein Viertel aller Befragten, wobei der Anteil in der unteren Einkommenshälfte höher ausfällt als in der oberen Einkommenshälfte (26 vs. 21 %).⁷ Diese hohen Anteile deuten auf ein Informationsdefizit hinsichtlich der Energiekosten in einem relevanten Teil der Bevölkerung hin.⁸ Dass dieses Defizit in den einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich hoch ausfällt, ist dabei problematisch, weil diese Gruppen durch hohe Energiekosten besonders belastet werden.

Ohne Deckelung weiterer Preisanstieg erwartet

Der Großteil der Befragten rechnete im November mit weiter steigenden Preisen: bei rund 16 % der Befragten wurde das bereits konkret angekündigt, weitere 67 % gehen davon aus. Dabei zeigen sich weniger starke Unterschiede zwischen den Technologien als beispielsweise beim Kostendruck (Grafik 6).

Grafik 7: Haushalte mit breiten Verhaltensanpassungen

Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zur Reaktion Ihres Haushalts auf die insgesamt steigenden Heizkosten vor. Bitte geben Sie jeweils an, ob die Aussage auf Ihren Haushalt zutrifft oder nicht. Anteil der Befragten, bei denen die genannte Reaktion zutrifft.

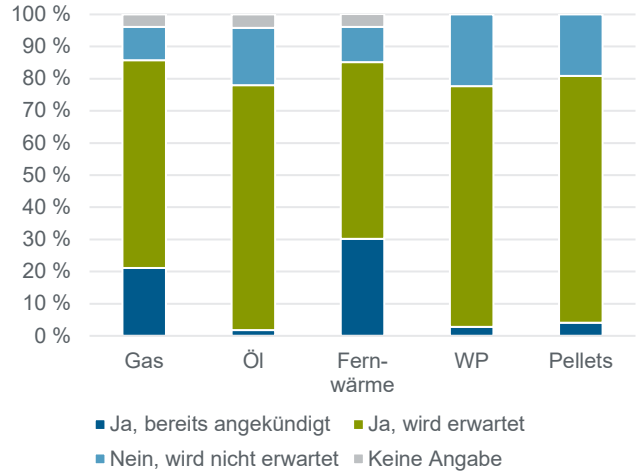


Anmerkung: * nur Eigentümer; ** nur Mieter.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmometer

Grafik 6: Haushalte rechnen mit weiter steigenden Heizkosten

Frage: Expecten Sie in den nächsten 12 Monaten einen Anstieg Ihrer Ausgaben für das Heizen? Anteile nach Heizungsart.



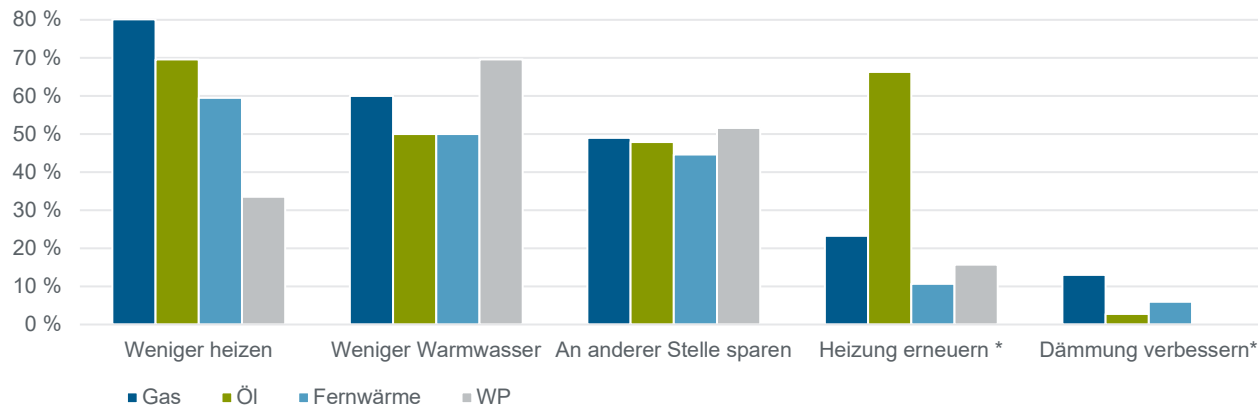
Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmometer.

So rechnen 86 % der Befragten, die mit Gas heizen, mit Preissteigerungen oder wurden bereits konkret über solche benachrichtigt. Bei den anderen Technologien sind es ähnlich hohe Werte, z. B. 85 % bei Fernwärme, 81 % bei Pellets oder 78 % bei Öl und Wärmepumpe. Haushalte, die gegenwärtig einen hohen Kostendruck verspüren, erwarten zu 87 % weitere Kostensteigerungen, bei Haushalten mit niedrigem Kostendruck sind es 80 %.

Da die staatlichen Maßnahmen zur Kostensenkung („Gaspreisbremse“ und „Strompreisbremse“) erst im Dezember 2022 beschlossen wurden, ist davon auszugehen, dass die hiervon ausgehenden Effekte in den Antworten noch nicht berücksichtigt wurden.

Grafik 8: Haushalte sparen an je nach Heizungsart an unterschiedlichen Stellen

Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zur Reaktion Ihres Haushalts auf die insgesamt steigenden Heizkosten vor. Bitte geben Sie jeweils an, ob die Aussage auf Ihren Haushalt zutrifft oder nicht.
Anteil der Befragten, bei denen die genannte Reaktion zutrifft, nach Heizungsart



Anmerkung: * nur Eigentümer.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmeter.

Deutliche Reaktionen auf die gestiegenen Preise

Die gestiegenen Heizkosten haben zu umfangreichen Sparmaßnahmen geführt (Grafik 7). Die Aktivitäten von Mietern und Eigentümern unterscheiden sich dabei in den überlappenden Handlungsoptionen nur unwesentlich. Zwei Drittel (67 %) der Befragten haben jetzt im Winter weniger geheizt und noch mehr als jeder zweite (54 %) hat den eigenen Warmwasserverbrauch reduziert. Etwa die Hälfte der Befragten (48 %) gab zudem an, nun an anderer Stelle zu sparen. Besonders hoch ist hier der Anteil in der einkommensschwächsten Gruppe (69 %), in der einkommensstärksten Gruppe liegt er nur bei 29 %. Dadurch wird deutlich, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen besonders stark durch die hohen Energiepreise betroffen sind.

Dies belegt die Verhaltensanpassungen angesichts der aktuellen Situation. Insbesondere die Energieeinsparungen stimmen positiv. Etwas bedenklicher ist hingegen die geringe Bereitschaft, sich dem Thema Energieeffizienz grundlegender zu nähern und einen Heizungstausch oder eine bessere Dämmung anzustreben. Die Verbesserung der Dämmung wurde nur von gut 8 % der befragten Eigentümer als geeignete Maßnahme genannt. Die Erneuerung der Heizung wird von rund 30 % der Eigentümer genannt, wobei hier ein Großteil auf Haushalte mit Ölheizungen entfällt (Grafik 8). Nur knapp 10 % der Mieter haben ihren Vermieter auf eine energetische Sanierung, z. B. eine Gebäudedämmung oder eine Heizungserneuerung, angesprochen. Auch der indirekte Sanierungsdruck scheint gering: Nur 4 % der Befragten gaben an, aufgrund der Kosten eine neue Wohnung oder ein neues Haus zu suchen.

Haushalte reagieren mit geringerem Energieverbrauch

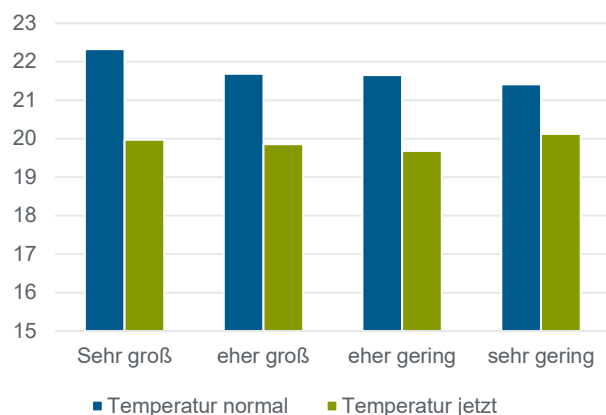
Die Befragten reagieren dabei je nach verwendetem Energieträger unterschiedlich auf die gestiegenen Kosten (Grafik 8). Ein Großteil der Haushalte mit Gasheizungen (rund 80 %) bzw. Ölheizungen (rund 70 %) heizt jetzt weniger. Hingegen gaben nur 30 % der Wärmepumpenhaushalte an, weniger zu heizen. Auch spart mehr als die Hälfte der Befragten beim Warmwasser, dies gilt über alle genutzten Heiztechnologien hinweg. Rund die Hälfte der Befragten gab außerdem an, an anderer Stelle zu sparen, um die gestiegenen Energiekosten abzufangen.

Dass die Befragten weniger heizen, lässt sich anhand der veränderten Raumtemperaturen nachvollziehen. So sank die durchschnittliche Raumtemperatur infolge der hohen Energiekosten in der am stärksten betroffenen Gruppe mit über 2 Grad Celsius auch am deutlichsten (Grafik 9), in der am geringsten von den hohen Kosten beeinträchtigt Gruppe sank die Temperatur am geringsten, allerdings war hier die Raumtemperatur zuvor auch bereits relativ niedrig.

Auch bei den Veränderungen der Raumtemperaturen zeigen sich Unterschiede mit Blick auf die Energieträger. So wurden im Durchschnitt die Raumtemperaturen in von Gas (-1,9°C) und Öl (-2,3°C) beheizten Wohnungen deutlich stärker gesenkt als in Wohnungen, die mit Fernwärme (-1,4°C) oder Wärmepumpen (-1,2°C) beheizt wurden. Zahlen zum Gasverbrauch bestätigen, dass weniger geheizt wurde. So sieht der Branchenverband BDEW einen verhaltensbasierten Rückgang des Gasverbrauchs im Haushaltsbereich von ca. 8 % in der letzten Heizperiode.⁹

Grafik 9: Vor allem Haushalte mit hohem Kostendruck reduzieren die Temperaturen deutlich

Fragen: Auf welche Raumtemperatur heizen Sie Ihr Wohnzimmer derzeit, wenn Sie sich dort aufhalten? Auf welche Raumtemperatur würden Sie Ihr Wohnzimmer normalerweise heizen?
Raumtemperaturen in Grad-Celsius, nach Kostendruck



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmeter.

Fazit

Die hohen Energiepreise sind für viele private Haushalte in diesem Winter eine große Herausforderung. Die Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmometer zeichnet ein repräsentatives Bild der aktuellen Situation in Deutschland und bietet Einblicke in die resultierenden Reaktionen in der Bevölkerung.

Zunächst zeigt sich eine signifikante Kostenbelastung, die zudem vom Heizungstyp abhängt. Bei Wärmepumpen ist der resultierende Kostendruck am niedrigsten, nur in einem Viertel der Fälle wird die aktuelle Situation als belastend empfunden. Bei Öl und Fernwärme ist es schon jeder Zweite, und an der Spitze stehen Personen mit einer Gas- oder einer Pelletheizung: Zwei Drittel der Nutzer nehmen hier momentan eine große oder sehr große Kostenbelastung wahr.

Die Ergebnisse spiegeln die Anstiege der entsprechenden Verbraucherpreisindizes und belegen, dass auch viele Haushalte ohne Gasheizung eine deutliche Kostenbelastung verspüren. Insbesondere Haushalte mit geringen Einkommen und hohen Kostenanteilen dürfte dies vor Probleme stellen - und könnte hierdurch den Zusammenhalt in Deutschland gefährden. Dies unterstreicht die Bedeutung von energieträger-unabhängigen Entlastungsmaßnahmen.

Auffällig ist aber auch, dass ein Großteil der Befragten keine Auskunft über die konkreten Energiekosten geben konnte. Hier dürften in einem großen Maße Informationsdefizite hinsichtlich der eigenen Energiekosten die Ursache sein. Da das Antwortmuster gerade in einkommensschwachen und damit besonders vulnerablen Gruppen die größten Informationsdefizite vermuten lässt, ist neben den Entlastungen auch der weitere Abbau dieser Defizite eine wichtige politische Herausforderung.

Zudem wird durch die Ergebnisse evident, dass die steigenden Kosten nicht zwangsläufig zu einer energetischen Verbesserung der Gebäude führen. Eine nachhaltige Lösung darf somit nicht bei Entlastungen auf der Kostenseite aufhören, sondern muss auch Anreize auf der Investitionsseite setzen. Denn es muss auch darum gehen, den Verbrauch fossiler Energieträger langfristig zu senken. Dazu müssen einerseits stärker regenerative Wärme- und Energiequellen erschlossen und andererseits der Verbrauch von Wärme durch eine

bessere Dämmung des Gebäudebestands reduziert werden. Dies kann den Kostendruck der Haushalte in zukünftigen Wintern senken und gleichzeitig den notwendigen Beitrag des Gebäudesektors zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten.

Für die Erreichung von Klimaneutralität im Wohngebäudebereich sieht eine Studie im Auftrag von KfW Research Klimaschutzinvestitionen von insgesamt rund 640 Mrd. EUR bis Mitte des Jahrhunderts. Diese entfallen nahezu vollständig (98 % bzw. 620 Mrd. EUR) auf Sanierungsmaßnahmen.¹⁰ Dies verdeutlicht, wie wichtig es ist, nun stärker den Gebäudebestand in den Blick zu nehmen und den seit Jahren geforderten und angestrebten Anstieg der Sanierungsquote zu adressieren.

Folgen Sie KfW Research auf Twitter:

<https://twitter.com/KfW>

Oder abonnieren Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, und Sie verpassen keine Publikation:

[https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research-\(D\)/index.jsp](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research-(D)/index.jsp)

Datenbasis: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmometer

Die hier vorgelegten Analysen zu den Heizkosten basieren auf einer ergänzenden Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmometer. Im Rahmen des infas-Panel wurden hierzu 1.011 in Deutschland wohnhafte Personen ab 18 Jahren telefonisch befragt. Der Befragungszeitraum war vom 1.11. bis 30.11.2022, basierend auf einer ADM-Dual-Frame-Telefonstichprobe, die sich zur einen Hälfte aus einer neuen ADM-Telefonstichprobe und zur anderen Hälfte aus Panelfällen (die aus einer vorherigen ADM-Stichprobe rekrutiert wurden) zusammensetzt. Für die Gewichtung werden Geschlecht, Alter, Haushaltsgröße, Schulabschluss, Ausbildungsabschluss, Erwerbsstatus, berufliche Stellung, Staatsangehörigkeit, Bundesland und Gemeindegrößenklassen BIK10 genutzt. Das Vorgehen ermöglicht eine präzise, repräsentative Datenbasis mit transparenter Entstehungsgeschichte und vollständiger Bevölkerungsabdeckung. Für mehr Informationen siehe <https://www.infas.de/infascpanel/>.

¹ Vgl. Römer, D. und J. Salzgeber (2022): KfW-Energiewendebarmometer 2022, KfW Research.

² Vgl. Römer, D. und J. Salzgeber (2022): Energiewende bei Privathaushalten: große Potenziale im Wohnungsbestand, Fokus Volkswirtschaft Nr. 410, KfW Research.

³ Vgl. z. B. Entwicklung des Wärmeverbrauchs in Deutschland des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (2023): Daten zur Energiepreisentwicklung - Lange Reihen von Januar 2005 bis November 2022.

⁵ Im November war der Einfuhrpreis für Gas zuletzt noch immer fast doppelt so hoch (+89 %) wie der entsprechende Verbraucherpreisindex mit Referenzjahr 2015. Beim Strom war der Einfuhrpreis sogar noch fast viermal so hoch (+281 %), vgl. Statistisches Bundesamt (2023): Daten zur Energiepreisentwicklung – Lange Reihen von Januar 2005 bis November 2022. Nicht berücksichtigt sind Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung, die ab Dezember 2022 greifen.

⁶ Vgl. Römer, D. und J. Salzgeber (2022): KfW-Energiewendebarmometer 2022, KfW Research.

⁷ Die Befragten hatten die Möglichkeit, sowohl die Antwort zu verweigern als auch mit „weiß nicht“ zu antworten. Die genannten Anteile beziehen sich auf die Antwort „weiß nicht“. Für den Gesamtanteil dieser Antwort (26 %) sind neben den genannten Gruppen auch die Personen ohne Angaben zum Einkommen zu berücksichtigen, bei denen die „weiß nicht“ Antworten mit 38 % erwartungsgemäß einen noch höheren Anteil haben. Die Antwort verweigert haben insgesamt 7 % der Befragten.

⁸ Die Unwissenheit ist beispielsweise deutlich größer als beim Haushaltsnettoeinkommen, zu dem nur 3 % der Befragten keine Auskunft geben konnten. Bei dieser häufig als noch sensibler empfundenen Größe lag die Antwortverweigerung zudem mit 11 % der Befragten nur leicht über dem Wert der Heizkosten (7 %).

⁹ Vgl. BDEW (2022): Gasverbrauch: Heizen wir weniger als sonst? (bdew.de)

¹⁰ Vgl. Brandt, S., Römer, D. und M. Schwarz (2021): 5 Billionen investieren – eine leistbare Herausforderung, Fokus Volkswirtschaft Nr. 350, KfW Research bzw. Prognos et al. (2021): Beitrag von Green Finance zum Erreichen von Klimaneutralität in Deutschland, Abb. 25.